Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Damen und Herren Kreisräte,

Uns liegt eine neue Fassung der Satzung zur Schülerbeförderung vor. Die Gründe, warum wir der Satzung in dieser Form nicht zustimmen können, haben Sie bereits in meiner vorhergehenden Begründung gehört.

Es sind besonders zwei Inhalte, die wir kritisch sehen. Zum einen sieht die Satzung einen Eigenanteil der Eltern an der Schülerbeförderung vor. Wir, als Fraktion die Linke, sind der Meinung, dass zu einem unentgeltlichen Schulbesuch auch der unentgeltliche Schülertransport gehört. Eigenanteile von den Eltern zu verlangen sollten der Vergangenheit angehören, zumal die Schüler im ländlichen Bereich benachteiligt sind, wenn man die Transportmöglichkeiten in großen Städten mit denen auf dem Land vergleicht.

Außerdem schränkt diese Satzung das Recht auf freie Schulwahl ein.

§1 Abs.5 „Beförderungskosten werden dann erstattet, wenn die in der Anlage … genannte Schule der entsprechenden Schulart…, besucht wird.

Auch „besondere Angebote wie Ganztagsbeschulung, Profile, Neigungskurse, Fremdsprachen- und sonstige schulische Angebote begründen keinen weitergehenden Anspruch im Hinblick auf die nächstgelegene Schule.“

Wenn sich also Eltern für eine Schule entscheiden, die eine bestimmte Fremdsprache anbietet, dann erhalten sie trotzdem nur den Zuschuss für die nächstgelegene Schule.

Es gibt eine Initiative der Landesregierung „So geht sächsisch.“ Wenn der Landtag die kostenlose Schülerbeförderung durchsetzen würde, dann könnten wir endlich einmal mit Stolz behaupten: „So geht sächsisch.“

Gestatten Sie mir noch eine Bemerkung des Kollegen Rücker aus dem letzten Kreistag, dass doch die Fraktion der Linken diese Initiativen im Landtag starten sollte. Es wäre günstig, sich im Internet tatsächlich einmal zu informieren.

Es gibt regelmäßig Aktivitäten der Fraktion Die Linke im Landtag zur Übernahme der Schülerbeförderungskosten durch das Land. Der letzte komplette Gesetzentwurf unserer Fraktion stammt aus dem Jahr2009 und hat seitdem nichts an Aktualität eingebüßt. Auch im Zuge der Novellierung des Schulgesetzes bringt sich Die Linke ein, z.B. durch Conny Falken im Schulausschuss im Jahr 2014.

Dass diese Vorschläge nicht umgesetzt wurden ist nicht Schuld der Fraktion Die Linke, denn sie hat nicht die Mehrheit im Landtag.